

Wie frei darf Hongkong bleiben?

Die Protestbewegung gibt kein einheitliches Bild ab. Aber sie erzwingt eine Antwort auf die wichtigste Frage. Das Drehbuch der Demonstranten ist – anders als Dominic Green hier kürzlich darlegte – genau richtig.
 Von *Henrique Schneider*

In der *Weltwoche* kritisiert Dominic Green die Protestbewegung in Hongkong («Falsches Drehbuch», *Weltwoche* Nr. 34/19). Seine These: Die Protestbewegung setze die Trümpfe Hongkongs leichtfertig aufs Spiel. Der Löwenfels sei die – sinnbildliche und wortwörtliche – Brücke zwischen Ost und West. Doch die Protestierenden sprengten diese Brücke. Durch Blockieren des Flughafens und indem sie sich sämtlichen Gesprächsangeboten widersetzen.

In einem Punkt hat Green recht: Man muss lange suchen, bis man im heutigen Hongkong Liberale findet. Figuren wie John Pope-Hennessy, Wu Tingfang, Kai Ho und John James Cowperthwaite haben dem Löwenfels seine ursprüngliche, liberale Prägung gegeben. Doch sie gehören längst der Geschichte an. Auch in der Protestbewegung gleicht die Suche nach Liberalen jener nach der sprichwörtlichen Nadel im Heuhaufen. Ein einheitliches Programm haben die Protestler ohnehin nicht. Sie fordern zwar persönliche und wirtschaftliche Freiheit. Doch gleichzeitig skandieren sie Parolen gegen die Globalisierung und für mehr Sozialstaat.

Im Übrigen könnte Greens Diagnose zur Protestbewegung aber falscher nicht sein. Es war nämlich die freiheitliche Politik, die den Löwenfels zum Erfolgsmodell gemacht hat. Der Verlust dieser Freiheit würde dem Modell Hongkong ein Ende setzen. Und genau das findet die Protestbewegung. Sie ist auch bereit, gegen diesen Verlust einzutreten. Sie hat also sehr wohl das richtige Drehbuch gefunden. Die eigentliche Schicksalsfrage für die Zukunft des Landes liegt im Verhältnis zu China.

Das Parlament ist ein Sinnbild für diesen Zwiespalt: In der Legislative sitzen 70 Personen. Davon sind 60 in etwa 20 Parteien organisiert. Die restlichen sind unabhängig. Etwa 43 Personen bilden eine lose Allianz, den Peking-Block. In diesem Block sind Konservative, Liberale und sogar Kommunisten vereint. Sie unterstützen die Politik Chinas. Auf der anderen Seite stehen etwa 25 Personen im sogenannten demokratischen Block. Auch darin finden

sich Leute und Parteien aller Couleur – sogar einige, die sich die Unabhängigkeit wünschen. Auf der Seite der Chinatreuen mangelt es an Liberalen. Die Liberale Partei tritt etwa für Freihandel, für den Abbau aller Handelshemmnisse, gegen Wettbewerbsrecht, gegen Gewerkschaften oder gegen den Sozialstaat an. Doch sie ist nicht besonders gross und sitzt



Kein Treueeid auf China.

in einer Allianz mit Konservativen und Kommunisten fest.

Hongkong ist genauso vielfältig wie sein Parlament. Keine Meinung kann eine Deutungshoheit beanspruchen. Das Einzige, was deutlich ist – und auch entsprechend Politik, Wirtschaft und Gesellschaft trennt –, ist der Zwiespalt im Verhältnis zu Peking.

Ein Land – zwei Systeme

Wer jetzt von der Nähe zu China profitiert, ist optimistisch. Dazu gehören die Eliten, weil ihre ökonomische Macht bisher bewahrt wurde. Dazu gehören die Gewerkschaften, weil sie kommunistisch gestärkt werden. Dazu gehören viele Bürokraten und Wissenschaftler, weil auch sie sich mit Peking arrangieren können.

Doch viele in der Bevölkerung sind pessimistischer. Sie spüren die Versuche Chinas, Hongkong zu vereinnahmen. Die Volksrepublik hatte sich nämlich bei der Übernahme Hongkongs im Jahr 1997 für fünfzig Jahre zur Devise «Ein Land – zwei Systeme» verpflichtet. Verletzt wird sie jedoch andauernd: China verlangt eine «patriotische Erziehung» in den Schulen. Die lokale Sprache, Kantonesisch, wird in der Schule und bei Amtsgeschäften vom Mandarin verdrängt. Passanten auf der Strasse werden elektronisch überwacht. In den selbstverwalteten New Territories dringen immer wieder Polizisten ein. Unliebsame Zeitgenossen werden gekidnappt und nach China gebracht. Rektoren an Universitäten werden abgewählt und Professoren abgesetzt.

Im Jahr 2014 befand Peking sogar, dass Kandidaten für das höchste exekutive Amt in Hongkong von der kommunistischen Führung freigegeben werden müssen. Und im Jahr 2016 wurden demokratisch gewählte Parlamentsmitglieder aus dem Amt entfernt und verhaftet. Sie weigerten sich nämlich, einen Treueeid auf China zu schwören.

Die Proteste dieses Jahres wendeten sich anfangs gegen ein Auslieferungsgesetz. Hongkonger Bürger hätten ohne Rechtsgarantien unter anderem nach China ausgeliefert werden sollen. Das Gesetz wurde zwar zurückgezogen. Die Proteste gelten nun dem Duckmäusertum der Eliten gegenüber China.

Was die Pekingtreuen verdrängen: Mittlerweile ist China wichtiger für Hongkong als der Löwenfels für die Volksrepublik. Noch 1997 war China tatsächlich noch auf den Logistik-, Werk-, Finanz-, Forschungs- und Tourismusplatz Hongkong angewiesen. Heute nicht mehr.

Herr Green mag verärgert sein, weil er den Flughafen nicht benutzen konnte. Uhrenaktionäre sind zerknirscht, weil ihre Aktien an Wert eingebüsst haben. Die Arrivierten und Arrangierten sind beängstigt, weil sie Farbe bekennen müssen. Doch das ist alles nebensächlich. Viel wichtiger ist die Frage, welche die Protestbewegung in Hongkong aufwirft: Wie viel Freiheit wird es geben? Von der Antwort hängt die Zukunft Hongkongs ab.



Henrique Schneider ist Vizedirektor des Schweizerischen Gewerbeverbands und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Nordakademie Hamburg. Er reist beruflich regelmässig nach Hongkong.